

Zusammenfassung der Beratungen des Europäischen Rates
durch den Vorsitz
Luxemburg, 29./30. Juni 1981

1. Der Europäische Rat hat ausführlich die derzeitige wirtschaftliche und soziale Lage in der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten erörtert, die zwar erste vorsichtige Zeichen einer begrenzten Besserung der konjunkturellen Entwicklung erkennen lässt, aber doch weiterhin von Inflation und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, die keineswegs unter Kontrolle gebracht worden sind. In diesem Zusammenhang hat der Rat auch die Haltung der Gemeinschaft im Hinblick auf den Wirtschaftsgipfel des Westens in Ottawa überprüft und sich mit der Notwendigkeit befasst, den Binnenmarkt der Gemeinschaft zu erhalten und auszubauen. Der Europäische Rat hat diesen Fragenkomplex auf der Grundlage einer von der Europäischen Kommission erstellten Arbeitsunterlage über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft erörtert, deren allgemeine Ausrichtung einhellige Zustimmung fand.
2. Der Europäische Rat hat seiner festen Ueberzeugung Ausdruck verliehen, dass die Fortsetzung einer koordinierten, flexiblen Politik über einen genügend langen Zeitraum hinweg der Gemeinschaft erlauben wird, die gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bewältigen und zu wirtschaftlichem Wachstum, Stabilität und befriedigendem Beschäftigungsstand zurückzukehren. Insbesondere sollte das Problem der Massenarbeitslosigkeit, das alle Mitglieder des Europäischen Rates besonders stark beschäftigt, ohne jede Spur von Resignation angegangen werden.
3. In diesem Licht hat sich der Europäische Rat mit den Ergebnissen der gemeinsamen Ratstagung (Wirtschafts- und Finanzfragen/Soziale Angelegenheiten) befasst; er war sich darüber einig, dass eine tragfähige Grundlage für weitere Schritte geschaffen worden ist. Insbesondere herrschte Uebereinstimmung darüber, dass einem koordinierten Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit und die Inflation einschliesslich der Bemühungen um strukturelle Anpassung höchster Vorrang eingeräumt werden sollte.

4. Die Hauptverantwortung für diese Massnahmen liegt bei den nationalen Regierungen; zu berücksichtigen sind dabei die unterschiedliche Wirtschaftslage der einzelnen Mitgliedstaaten, deren besondere Möglichkeiten und die für sie geltenden Zwänge. Die Wirksamkeit dieser Massnahmen wird jedoch durch Koordinierung im Rahmen der Gemeinschaft erhöht. Grössere Anstrengungen sollten sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als auch auf Gemeinschaftsebene unternommen werden, um die Investitionen zu steigern, die auf ein stärkeres Wachstum und eine grössere Beschäftigung abzielen. Die Investitionen sollten insbesondere in Industriezweige gelenkt werden, die ein hohes Innovationspotential besitzen und der Gemeinschaft in den kommenden Jahrzehnten den ihr gebührenden Platz in der industriellen Welt sichern. Der Europäische Rat ist überzeugt, dass den Investitionen auf dem Gebiet der Energieeinsparung und -erzeugung entscheidende Bedeutung zukommt. Es sollte darauf geachtet werden, dass keine kostbaren Mittel auf wirtschaftliche Tätigkeiten verschwendet werden, deren Bedeutung zwangsläufig zurückgehen muss. Im gleichen Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass der Sektor der Klein- und Mittelbetriebe ein beträchtliches Wachstumspotential besitzt.
5. Der Europäische Rat hat davon Kenntnis genommen, dass die Verringerung der Arbeitszeit nach Auffassung einiger Mitgliedstaaten einen bedeutsamen Faktor bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit darstellt. Es wurde vereinbart, dass auf der Ebene der Gemeinschaft weitere Untersuchungen zur Beurteilung der Effekte solcher Massnahmen durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang muss besonderes Augenmerk auf die Wettbewerbsstellung der europäischen Industrie gegenüber den übrigen Industrieländern gerichtet werden.
6. Es wurde betont, dass die Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft und die Möglichkeiten der Europäischen Investitionsbank bei der Förderung des Stroms produktiver Investitionen optimal genutzt werden sollten. Es sollten auch Anstrengungen unternommen werden, um einen grösseren wirtschaftlichen Nutzen aus den Forschungsarbeiten abzuleiten, die derzeit in der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten durchgeführt werden.

7. Der Europäische Rat hat sein Engagement für eine angemessene Sozialpolitik der Europäischen Gemeinschaft bekräftigt. Er hat die Schlussfolgerungen der gemeinsamen Ratstagung bezüglich des Arbeitsmarktes und der Probleme der Arbeitslosigkeit gebilligt. Er hat mit Interesse von Vorschlägen Kenntnis genommen, die darauf gerichtet sind, die Harmonisierung der Arbeitsbedingungen und der Rechte der Arbeitnehmer zu fördern. In diesem Zusammenhang wurde von einem "Raum sozialen Fortschritts" gesprochen. Der Europäische Rat gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass die Verfolgung einer ausgewogenen und entschlossenen Wirtschafts- und Sozialpolitik eine enge Konsultation mit den Sozialpartnern erfordert.
8. Der Europäische Rat schloss sich den Besorgnissen der Kommission über den Zustand des Binnenmarktes der Gemeinschaft an, der in zunehmendem Masse durch bewusst oder unbewusst errichtete Handels-schranken und den überall anzutreffenden Einsatz von Subventionen zugunsten notleidender Industrien gefährdet wird. Der Europäische Rat stimmte darin überein, dass konzertierte Anstrengungen zur Stärkung und zum Ausbau des freien Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen unternommen werden müssen, der das eigentliche Fundament der Europäischen Gemeinschaft und die Plattform für ihre gemeinsame Handelspolitik darstellt.
9. Der Europäische Rat hat im Hinblick auf das bevorstehende Treffen auf dem westlichen Wirtschaftsgipfel die Notwendigkeit eines einheitlichen Konzepts zur Lösung der Probleme betont, die sich aus der Höhe und den starken Schwankungen der Zinssätze und Wechselkurse ergeben und eine ernste Gefährdung der sich anbahnenden Erholung der europäischen Wirtschaft darstellen. Diese Fragen sollten in Aussprachen mit den übrigen währungs-politisch wichtigen Ländern eingehend weiterverfolgt werden. Mit den USA besteht Einvernehmen über wichtige währungspolitische Zielsetzungen; jedoch sollten die USA gedrängt werden, die erheblichen internationalen Konsequenzen ihrer binnenwirtschaftlich orientierten Politik zu berücksichtigen. Die Gemeinschaft selbst sollte ihren Beitrag zum Abbau der Belastung leisten, unter der die Währungspolitik steht.

10. Der Europäische Rat hat ferner die Beziehungen der Gemeinschaft zu Japan erörtert, und es bestand Einvernehmen darüber, dass in Ottawa grosser Nachdruck auf ein breites Spektrum von Fragen gelegt werden sollte, die das reibungslose Funktionieren des offenen und multilateralen Welthandelssystems betreffen, einschliesslich der übermässigen Konzentration von Ausfuhren in empfindlichen Sektoren. Der Europäische Rat hat die Notwendigkeit einer effektiven Offenheit der Binnenmärkte, im besonderen des japanischen Marktes, betont. Diese Themen sollten regelmässig erörtert werden, und die Gemeinschaft als Ganzes sollte dabei möglichst vollen Gebrauch von ihrer Verhandlungsstärke machen.

STAHLPREISE

11. Der Europäische Rat erörterte die ernste Lage, der sich die europäische Stahlindustrie gegenüber sieht. Er begrüsst das Ergebnis des letzten Rates über Eisen- und Stahlfragen, war sich aber darüber einig, dass es dringend erforderlich ist, dass die Stahlpreise auf dem europäischen Markt auf ein lohnenderes Niveau angehoben werden und drängte darauf, dass die Kommission, unterstützt von allen Mitgliedstaaten, alles in ihrer Macht Stehende tut, damit die Stahlindustrie die notwendige Disziplin einhält.

.../...

Nord-Süd-Dialog

12. Der Europäische Rat hat den Bericht des Rates (allgemeine Fragen) gebilligt und dem Rat Empfehlungen für das weitere Vorgehen gegeben. Er ist der Ansicht, dass die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und die Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen den Interessen aller Betroffenen dienen und dass sie notwendig sind, nicht nur um die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer zu stärken, sondern auch um die Erholung der Weltwirtschaft zu fördern. Er hält es für untragbar, dass in vielen Teilen der Dritten Welt Armut und Hunger noch immer weitverbreitet sind.

Der Europäische Rat war der Ansicht, dass die Vorarbeiten für die neue Runde globaler Verhandlungen möglichst bald abgeschlossen werden sollten. Er betonte, dass es von entscheidender Bedeutung ist, dass die Gipfelkonferenzen in Ottawa und Cancun einen festen Anstoss in diesem Sinne geben.

Durchführung des Mandats vom 30. Mai 1980

13. Der Europäische Rat hatte eine Aussprache über das Verfahren für die Behandlung der von der Kommission vorgelegten Unterlage. Er bestätigte, dass die Durchführung des Mandats vom 30. Mai ein zentrales Thema der Tagung am 26./27. November in London sein wird, auf der geeignete Schlussfolgerungen erzielt werden sollen. Der Europäische Rat bat den Rat (Allgemeine Fragen), für eine gründliche und termingerechte Vorbereitung ihrer Tagung im November Sorge zu tragen. Der Rat wird von einer Gruppe unterstützt werden, der je ein mindestens im Botschafterrang stehender Vertreter der Regierung jeder Mitgliedsregierung angehört. Die Kommission wurde gebeten, ihre Überlegungen fortzusetzen und zu gegebener Zeit geeignete förmliche Vorschläge zu machen.
-